



© Johnny Miller/Unequal Scenes

DER PREIS DER PROFITE

Zeit, die Ungleichheitskrise zu beenden

82 Prozent des globalen Vermögenswachstums gingen im letzten Jahr an das reichste Prozent der Weltbevölkerung, während das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung stagnierte. Diese extreme Ungleichheit hält Menschen in Armut gefangen, zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist ökonomisch kontraproduktiv und in der Konsequenz für uns alle katastrophal. Dies sind Folgen politischer Entscheidungen, die geändert werden können und müssen: Um die weltweit rasant zunehmende Ungleichheit zu überwinden, brauchen wir gerechte Steuern, faire Einkommen für Frauen und Männer sowie Investitionen in Bildung und Gesundheit für alle.

1. DIE GLOBALE UNGLEICHHEIT SPITZT SICH ZU

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über die Hälfte des globalen Vermögens – mehr als die übrigen 99 Prozent zusammengenommen. Die Konzentration an der Spitze der Vermögenspyramide zeigt sich auch an der Zunahme von Dollar-Milliardär/innen, von denen neun Zehntel männlich sind. Die Anzahl der Milliardär/innen wuchs zwischen 2016 und 2017 so stark wie nie zuvor; ihr Vermögen stieg dabei zusammengenommen um 762 Milliarden US-Dollar. Diese Summe ist das Siebenfache dessen, was erforderlich wäre, um alle Menschen aus extremer Armut zu befreien.¹

Dicke Gewinne für wenige

Im letzten Jahrzehnt wuchsen die Vermögen der Milliardär/innen durchschnittlich jährlich um 13 Prozent, die Löhne von Arbeiter/innen und Angestellten dagegen nur um 2 Prozent. Zudem gehen Lohnzuwächse hauptsächlich an die Spitze der Einkommensskala. Zwischen 1980 und 2016 erhielt das oberste Prozent der Spitzenverdiener/innen 27 Prozent des globalen Einkommenswachstums. Die Mehrheit der am besten bezahlten Angestellten sind Männer.²



OXFAM
Deutschland

Schmale Kost für viele

Die großen Gewinner sind vorrangig Männer des globalen Nordens. Die Verliererinnen sind hauptsächlich Frauen, insbesondere im globalen Süden.

Zwischen 1980 und 2016 entfielen auf die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung gerade einmal 13 Prozent des gesamten Einkommenswachstums.³ In Schwellen- und Entwicklungsländern lebt heute fast jede/r dritte Arbeitende in Armut.⁴

Die Einkommensungleichheit trifft Frauen besonders. Sie arbeiten häufig in den am schlechtesten bezahlten Jobs, viele unter menschenunwürdigen Bedingungen.⁵ Weltweit verdienen Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer,⁶ in Deutschland sind es 21 Prozent.⁷ Bis zur wirtschaftlichen Gleichberechtigung beider Geschlechter wird es nach jüngsten Berechnungen des Weltwirtschaftsforums noch 217 Jahre dauern.⁸

Mit Blick auf Vermögen ist die Ungleichheit noch größer: Männer besitzen weltweit weitaus mehr Land, Aktien und andere Kapitalanlagen als Frauen. Selbst wenn Frauen offiziell Eigentums-titel besitzen, begrenzen oft traditionelle Regeln innerhalb von Familien oder der Gesellschaft ihre Kontrolle darüber.¹⁰

Gleichzeitig wird unser Wirtschaftssystem maßgeblich vom Beitrag, den Frauen durch unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit leisten, getragen. Der ökonomische Wert dieser

unbezahlten Arbeit wird auf 10 Billionen US-Dollar pro Jahr geschätzt.¹¹

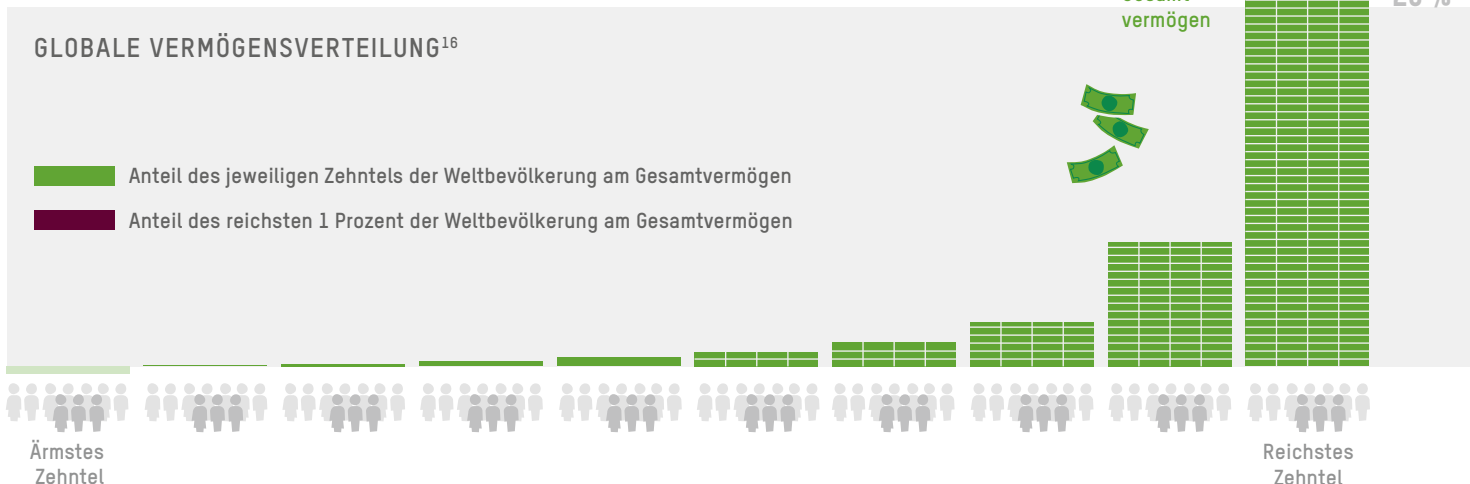
Ungleichland Deutschland

Trotz brummender Wirtschaft ist Ungleichheit auch hierzulande ein Problem: Bei der Vermögensverteilung weist Deutschland nach Litauen die zweithöchste Ungleichheit innerhalb der Eurozone auf.¹²

Auch hier zeigt sich deutlich eine zunehmende Konzentration an der Spitze: Das Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung wuchs zwischen 2016 und 2017 um 22 Prozent, das der ärmeren Hälfte hingegen um nur 3 Prozent.¹³

Ähnlich sieht es bei den Einkommen aus. Die verfügbaren Einkommen der unteren 40 Prozent sind in absoluten Zahlen seit Anfang der 2000er-Jahre deutlich gesunken, während die Einkommen der oberen zehn Prozent überdurchschnittlich zulegen.¹⁴ Um das Jahreseinkommen eines Vorstandsvorsitzenden eines DAX-Konzerns zu verdienen, müsste eine durchschnittliche Arbeitnehmerin/ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in Deutschland 157 Jahre arbeiten.¹⁵

Die 40 reichsten Deutschen allein verfügen über ebenso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der hiesigen Bevölkerung.⁹



2. UNGLEICHHEIT – WOVON SPRECHEN WIR?

Ökonomische Ungleichheit kann mit Bezug auf Vermögen wie auch auf Einkommen bestimmt werden. Vermögens- und Einkommensungleichheit sind nicht identisch, jedoch miteinander verwoben: Einkommen kann in Vermögen umgewandelt werden, wenn es nicht konsumiert wird. Dies ist vor allem den Bezieher/innen höherer Einkommen möglich. Vermögen kann zusätzliches Einkommen generieren, etwa wenn Investitionen Rendite erzielen.

Beide Formen der ökonomischen Ungleichheit können sowohl global als auch national gemessen werden. Nationale Ungleichheit erfasst die Unterschiede der Einkommen oder Vermögen innerhalb der Bevölkerung eines Landes. Sie ist insofern relevant, als zahlreiche Maßnahmen, die Ungleichheit erfolgreich entgegenwirken, vor allem auf nationaler Ebene getroffen werden können.

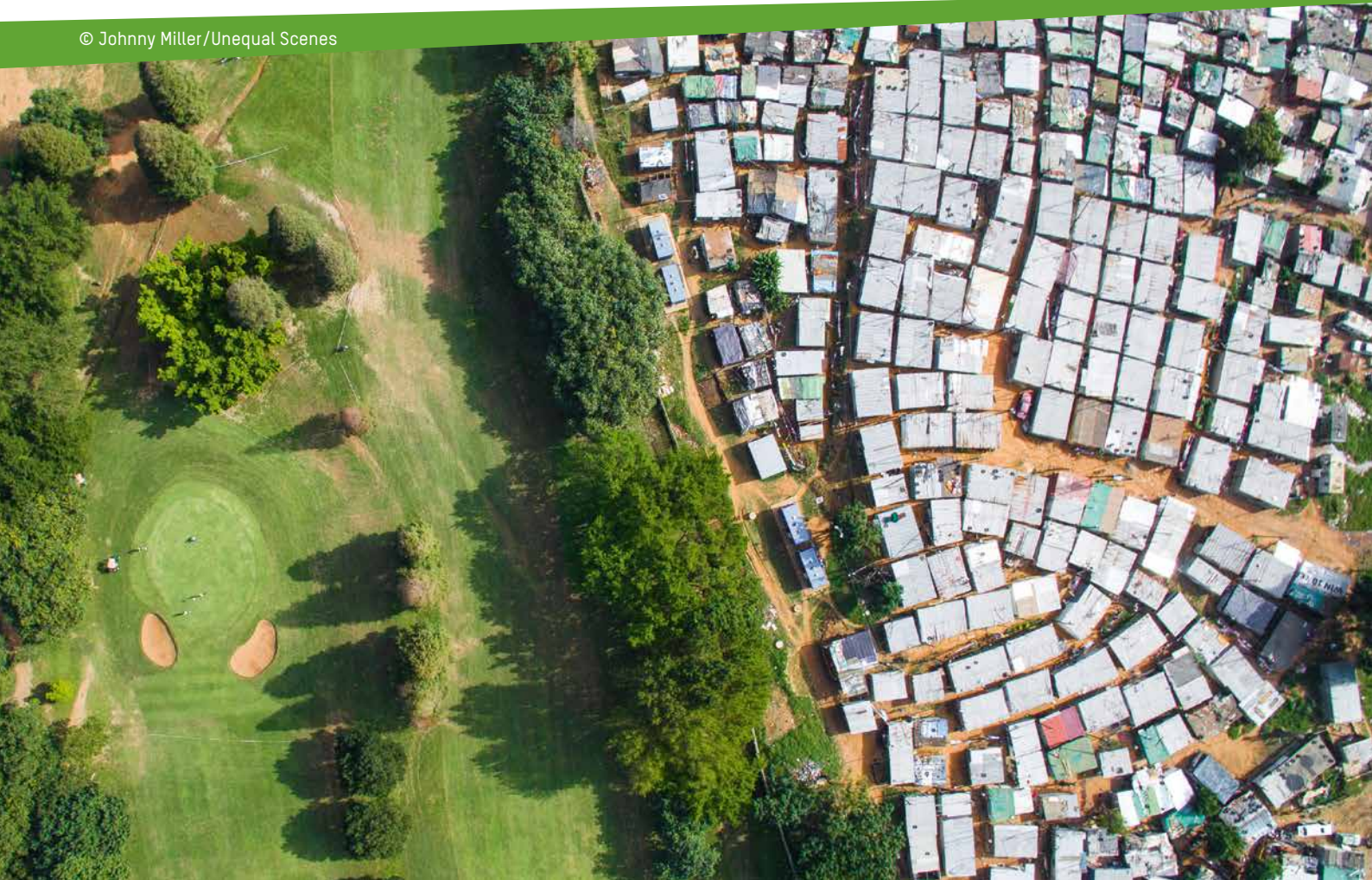
**Wäre die Welt ein Land,
dann würde sie
ein ähnliches Maß an
Ungleichheit aufweisen
wie Südafrika, eines der
ungleichsten
Länder der Welt.**

Globale Ungleichheit erfasst Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen allen Menschen, sie umfasst in der gängigsten Messweise damit sowohl Ungleichheit innerhalb von Ländern als auch zwischen Ländern.¹⁷ Ein Vergleich auf globaler Ebene ist deswegen wichtig, weil wirtschaftliche Gewinne zum Teil erst möglich werden durch weltumspannenden Produktions- und Handelstätigkeiten. Extremer Reichtum und extreme Armut sind durch das globalisierte Wirtschaftssystem miteinander verbunden und müssen daher auch gemeinsam in den Blick genommen werden.

Nimmt die Ungleichheit ab oder zu?

Nach Messungen der Weltbank nimmt die Einkommensungleichheit global gesehen ab.¹⁸ Grund hierfür ist, dass die Einkommen in Lateinamerika, China und anderen bevölkerungsreichen asiatischen Ländern stärker wachsen als in den reichsten Ländern der Welt. Insgesamt ist globale Einkommensungleichheit jedoch nach wie vor extrem hoch.

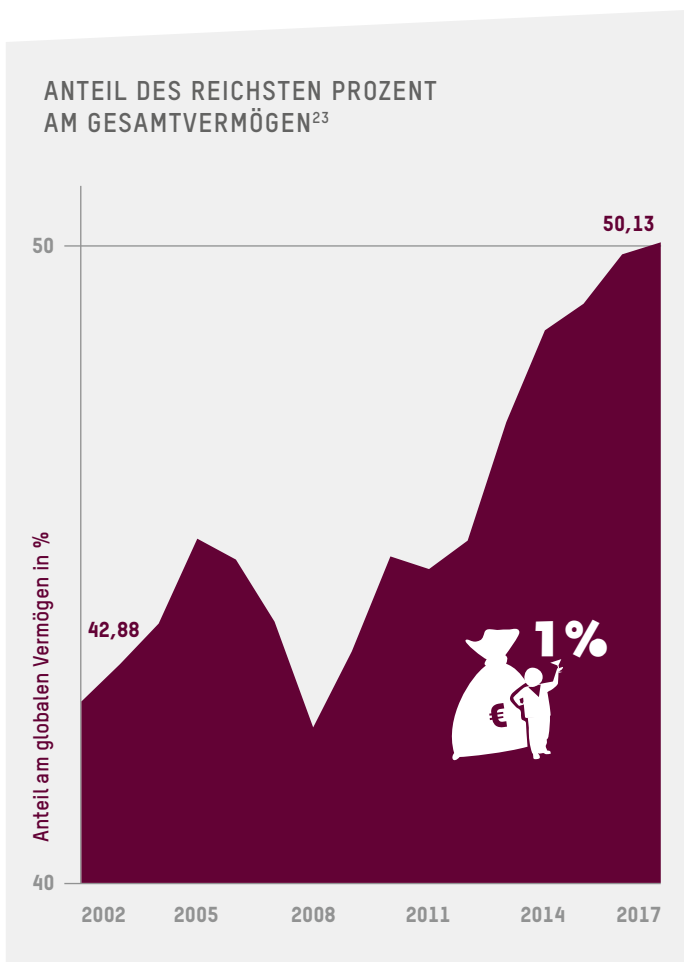
© Johnny Miller/Unequal Scenes



Zudem verzeichnete die Mehrheit der Länder einen Anstieg der Einkommensungleichheit innerhalb ihrer Grenzen.¹⁹ Weltweit leben sieben von zehn Menschen in einem Land, in dem die Einkommensungleichheit zugenommen hat.²⁰

Die Vermögensungleichheit hat sich auf globaler Ebene drastisch verschärft, wie Oxfam gezeigt hat: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr Vermögen als die unteren 99 Prozent zusammen. Im Jahr 2002 lag der Anteil am Gesamtvermögen des reichsten Prozents noch bei 43 Prozent.

Die nationale Vermögensungleichheit hat in den letzten Jahrzehnten vielerorts weiter zugenommen. In den USA beispielsweise stieg der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen von 22 Prozent 1980 auf 39 Prozent 2014.²¹ In Deutschland vereint das reichste Prozent knapp ein Drittel des Vermögens auf sich, 2008 waren es noch 22 Prozent.²²



Die Reichsten und die Ärmsten – unsere Daten

Vermögensungleichheit ist ein weltweit bekanntes Phänomen, das dennoch nur unzureichend erfasst ist. Das Ausmaß des Vermögens der sehr kleinen Gruppe der Reichsten zu erfassen, gilt als schwierig. Ähnliches gilt für die Erfassung des sehr geringen Vermögens der Ärmsten. Verbesserungen der Datengrundlage führen daher regelmäßig zu Veränderungen früherer Einschätzungen hinsichtlich der Vermögensungleichheit auf der Welt.

Oxfam arbeitet grundsätzlich mit den jeweils besten verfügbaren Daten. Für die Analysen zu globaler Ungleichheit nutzt Oxfam die Zahlen des Weltvermögensberichts der Schweizer Großbank Credit Suisse und die jährliche Aufstellung der Milliardäre der Welt von Forbes. Diese zeigen einen ungebrochenen Trend der wachsenden globalen Vermögenskonzentration. Nach den aktuellsten Informationen verfügten im Jahr 2017 nur 42 Personen über den gleichen Reichtum wie die ärmsten 3,7 Milliarden Menschen auf der Welt.

Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Ungleichheit. Denn zwar ergab unsere Auswertung von Credit Suisse und Forbes im Januar 2016 noch, dass nur 8 Männer über ebenso viel Vermögen verfügen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung,²⁴ doch hätten wir damals über die heutigen Daten verfügt, hätte die Zahl 61 lauten müssen. Diese Zahl ergibt sich aus neuen Daten für Russland, China und Indien. Demnach ist der Umfang des Vermögens der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung größer, als 2016 zunächst von Credit Suisse angegeben.

Auch Daten zu Einkommensungleichheit sind nicht ohne Schwierigkeiten zu erheben. Vergleicht man die Ergebnisse von Haushaltsbefragungen mit Steuerdaten und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ergibt sich für zahlreiche Länder ein deutlich höheres Niveau der Einkommensungleichheit.²⁵

Oxfam fordert daher – gemeinsam mit zahlreichen führenden Ungleichheitsforscher/innen – Erhebungen, die das Ausmaß der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen besser erfassen. Gleichzeitig darf das Fehlen von Daten nicht als Entschuldigung für politische Untätigkeit dienen. Die sozialen, politischen und ökonomischen Probleme, die durch Ungleichheit verursacht werden, sind schon heute gravierend und verlangen nach Lösungen.

3. WARUM WIR GEGEN UNGLEICHHEIT VORGEHEN MÜSSEN

Extreme Ungleichheit vertieft die soziale Krise, indem sie die Überwindung von Armut ausbremst. Außerdem befördert sie die demokratische Krise, indem sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht. Schließlich ist Ungleichheit auch ökonomisch kontraproduktiv, da sie Nachfrage schwächt und Marktkonzentration befördert. In der Konsequenz ist Ungleichheit für uns alle katastrophal.

Extreme Armut trotz Wachstum

Zwischen 1990 und 2010 hat sich die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben – das heißt von weniger als 1,90 US-Dollar pro Person und Tag –, halbiert und ist seitdem weiter gesunken.²⁶ Doch dies reicht nicht aus.

Einerseits ist die Überwindung der extremen Armut allein nicht hinreichend. Menschen, die über mehr als 1,90 US-Dollar am Tag verfügen, bleiben oftmals arm oder verschuldet. Sie sind damit nur einen Schritt davon entfernt, wieder unter die Grenze der extremen Armut zu fallen.

Andererseits hätte der Rückgang extremer Armut schon jetzt erheblich größer ausfallen können, wenn die Einkommensungleichheit nicht gewachsen wäre. Bei einer gleichen Verteilung der Gewinne aus dem Wirtschaftswachstum hätten zwischen 1990 und 2010 bereits 200 Millionen weitere Menschen der extremen Armut entkommen können. Hätten ärmere Bevölkerungsgruppen mehr vom Wirtschaftswachstum profitiert als ihre reichen Mitbürger/innen, hätte diese Zahl sogar auf 700 Millionen anwachsen können.²⁷

Auch aus ökologischer Sicht ist eine gerechtere Verteilung unumgänglich. Wollte man extreme Armut durch Wirtschaftswachstum allein abschaffen – unter Beibehaltung der gegenwärtigen Verteilung der Wohlstandsgewinne zugunsten der Spitze –, so müsste die globale Wirtschaft um das 175-Fache anwachsen.²⁸ Dies ist angesichts der ökologischen Grenzen unseres Planeten schlicht unmöglich.

Aufstiegsversprechen gebrochen

Ungleichheit und Armut werden überall dort fortgeschrieben, wo es an flächendeckender, guter und vor allem

öffentlicher Gesundheitsversorgung sowie entsprechenden Bildungsangeboten mangelt.

Noch immer haben weltweit 264 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 17 Jahren keinen Zugang zu Bildung. Darunter leiden vorrangig Kinder aus armen Familien, besonders sind dabei Mädchen betroffen.

Insbesondere in ungleichen Gesellschaften spielen Bildung und Berufsstand der Eltern eine Schlüsselrolle für die Ausbildung und das spätere Einkommen ihrer Nachkommen.³⁰ In den ärmsten Haushalten haben wiederum Mädchen schlechtere Aufstiegschancen.³¹ Zudem verarmen jedes Jahr 100 Millionen Menschen, weil sie für Gesundheitsversorgung bezahlen müssen.

Auch das deutsche Bildungssystem schränkt die soziale Mobilität enorm ein: Kinder aus einkommensschwachen Familien haben es schwer, denselben Bildungsstand zu erreichen wie Kinder aus besser verdienenden Haushalten. Menschen in strukturschwachen Regionen Deutschlands sterben zudem im Schnitt sieben Jahre früher als Menschen aus wohlhabenden Gegenden.

Der fehlende Zugang zu guter Bildung und Gesundheitsversorgung ist auch deswegen so dramatisch, weil diese eine Voraussetzung dafür sind, dass Menschen einen gut bezahlten Job bekommen, der ihnen einen Weg aus der Armut bietet.

Extreme Armut können wir nur überwinden, wenn wir die Lücke zwischen Arm und Reich schließen. Machen wir indes weiter wie bisher, wird im Jahr 2030 noch immer fast eine halbe Milliarde Menschen in extremer Armut leben.²⁹

Gefährdung von Demokratie und Gesellschaft

Ungleichheit heizt eine politische Krise an, in der es einerseits Vermögenden und großen Konzernen gelingt, Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen und andererseits zahlreiche Menschen das Interesse an Wahlen und Politik verlieren, weil sie ihre Belange nicht repräsentiert sehen.

In den USA wurde jüngst eine Steuerreform verabschiedet, durch die zukünftige Generationen die jetzigen Steuererleichterungen für die Reichsten mit neuen Staatsschulden bezahlen werden. In Deutschland wehrten Unternehmen in der Vergangenheit erfolgreich eine Erbschaftssteuerreform ab, die bedeutet hätte, auch Betriebsvermögen – und damit den Löwenanteil der großen Vermögen – einzubeziehen.³²

Ungleichheit trägt dazu bei, dass auch Menschen in der Mitte der Gesellschaft, die nicht von Armut betroffen sind, sich zunehmend vom sozialen Abstieg bedroht oder von der Gesellschaft nicht anerkannt fühlen. Als Projektionsfläche sozialer Ängste dienen fatalerweise oftmals Zugewanderte und Geflüchtete, obwohl sie nicht die Ursache, sondern ebenfalls Betroffene der Ungleichheitskrise sind.

Wachstumsbremse und Monopolbildung

Auch ökonomisch ist das gegenwärtige Ausmaß der Ungleichheit nicht zu rechtfertigen. Viele Wirtschaftstheoretiker meinen noch immer, dass Ungleichheit Innovation und Wachstum fördert. Tatsächlich aber sind die riesigen wirtschaftlichen Ungleichgewichte selbst in den Augen des Internationalen Währungsfonds schädlich für wirtschaftliches Wachstum.³³

Zudem existiert schon heute in zahlreichen Wirtschaftsbereichen, etwa der Digitalwirtschaft oder dem Ernährungssektor, eine erhebliche Marktkonzentration. Die weltweit größten Konzerne nutzen dies, bauen ihre Finanzmacht aus, kaufen kleinere Wettbewerber auf und sichern ihre Vormachtstellung weiter ab. In Monopolen ballt sich neben wirtschaftlicher auch politische Macht, was die Ungleichheit weiter vertieft.³⁴

4. WAS UNGLEICHHEIT ANTREIBT

Die strukturellen Ursachen für die wachsende Ungleichheit sind weltweit ähnlich: Unser Wirtschaftssystem stellt die Profitinteressen einer kleinen Gruppe über das Wohl der großen Mehrheit. Das zeigt sich insbesondere an der Fixierung auf Aktiengewinne, an Steuervermeidung, einer überzogenen Sparpolitik und Privatisierungen, sowie in der Beschränkung der Rechte von Zivilgesellschaft und Arbeiter/innen.

Dividenden-Fixierung

Die Fixierung auf kurzfristige Gewinne und Dividendenausschüttungen hat in den Konzernzentralen stark zugenommen. In Großbritannien wurden in den 1970er Jahren 10 Prozent der Unternehmensgewinne an Aktionär/innen weitergereicht, heute sind es 70 Prozent.³⁵ Weltweit wurden im Jahr 2015 allein 1,2 Billionen Dollar an Dividenden ausgeschüttet.³⁶

Um Aktionär/innen in Form von Dividendenausschüttungen belohnen zu können, werden Kosten gesenkt, was den Druck auf Löhne erhöht und die Unternehmen zur





© Zed Nelson, Eleanor Farmer/Oxfam

Steuervermeidung antreibt. Ausgenommen sind allerdings die Einkommen der Top-Manager/innen, die selbst Nutznießer/innen dieser Dividenden-Fixierung sind. Der Anteil ihrer Bezahlung in Unternehmensanteilen hat drastisch zugenommen und trägt zu den exorbitanten Einkommensunterschieden zwischen Spitzenmanagement und Arbeiter/innen bei.³⁷

Steuervermeidung: Profit auf Kosten der Allgemeinheit

Während die Superreichen riesige Gewinne einfahren, entziehen sie sich zugleich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und verursachen damit immense Kosten für die Allgemeinheit. Mindestens 7,6 Billionen US-Dollar verstecken sie in Steueroasen vor den Steuerbehörden.³⁸ Das reichste Prozent der Weltbevölkerung entzieht Regierungen auf der ganzen Welt geschätzte Steuereinnahmen von 200 Mrd. US-Dollar pro Jahr.³⁹

Hinzu kommen weltweit Einnahmeverluste durch die gezielte Steuervermeidung von Konzernen. Bis zu 17 Milliarden Euro entgehen dadurch allein Deutschland.⁴⁰

Im Schnitt muss der Vorstandsvorsitzende eines der fünf führenden Unternehmen der Bekleidungsbranche nur vier Tage arbeiten, um ebenso viel zu verdienen wie eine Textilarbeiterin in Bangladesch in ihrem ganzen Leben.⁴¹

Entwicklungsländern entgehen jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Die weltweite Entwicklungshilfe lag 2016 bei rund 140 Milliarden US-Dollar.

Öffentliche Einnahmen versiegen

Steuervermeidung, die Senkung der Steuersätze auf Unternehmensgewinne und hohe Einkommen sowie dauerhaft niedrige oder sinkende Löhne in unteren Lohngruppen führen zu Einnahmerückgängen für öffentliche Haushalte. Sinkende Staatseinnahmen einerseits und ein starres Festhalten an

Haushaltskonsolidierung andererseits haben in zahlreichen Ländern zu Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und ausbleibenden öffentlichen Investitionen geführt.

Von Kürzungen in der Gesundheitsfürsorge oder der Kinderbetreuung sind Frauen gleich doppelt betroffen: Viele arbeiten in diesen Bereichen und verlieren ihre Anstellung. Gleichzeitig sind es hauptsächlich Frauen, die den Wegfall der sozialen Dienste durch unbezahlte Pflegearbeit ersetzen.⁴²

Gewerkschaften und Zivilgesellschaft unter Druck

Dem Druck auf die Löhne etwas entgegenzusetzen, war und ist die Aufgabe von Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder und für Arbeiter/innen Rechte und bessere Löhne erstritten haben.⁴³ Heute zeigt sich: Dort wo der Einfluss von Gewerkschaften abnimmt, wächst die Ungleichheit.⁴⁴ Die gewerkschaftliche Organisation wird erschwert durch den Trend zu ausgelagerten, oftmals kleineren Produktionsstätten. Gerade bei digitalen Dienstleistungen sind dies oftmals kaum abgesicherte Solo-Selbständige, die nur unzureichende Möglichkeiten haben, individuelle und kollektive Arbeitnehmer/innenrechte einzuklagen.

Genau wie andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die für die Rechte der Menschen und gegen Ungleichheit eintreten, werden Gewerkschaften in immer mehr Ländern zur Zielscheibe von einschränkenden Regulierungen.⁴⁵

5. EIN WIRTSCHAFTSSYSTEM FÜR ALLE SCHAFFEN!

Die negativen Auswirkungen von Ungleichheit betreffen Menschen auf der ganzen Welt gleichermaßen. Anstatt vereinzelt und gegeneinander um einen Krümel vom großen Kuchen zu kämpfen, gilt es, das Rezept zu ändern. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das zu einer gerechteren und demokratischeren Gesellschaft beiträgt und statt der Interessen von Konzernen diejenigen der Menschen in den Vordergrund stellt.

Grundbestandteil eines solchen Wirtschaftssystems muss die demokratische und gleichberechtigte gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe aller sein. Verbesserungen durch eine neue Verteilung des bestehenden Wohlstands müssen zunächst vor allem Menschen in Armut überall auf der Welt zugutekommen, die derzeit auf vielfältige Weise ausgeschlossen sind.

Eine gerechte Wirtschaft ist ohne die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und die Anerkennung von oftmals unbezahlter Arbeit sowie die Neuverteilung dieser Arbeit nicht denkbar. Ebenso unverzichtbar ist die Umstellung auf ein nachhaltiges Wirtschaften, welches die Grenzen des Wachstums und der natürlichen Ressourcen unseres Planeten anerkennt.

Wir können die Ziele wirtschaftlichen Handelns ändern und müssen Ungleichheit nicht als wünschenswertes oder notwendiges Übel hinnehmen. Ungleichheit ist keine Naturgewalt. Sie ist menschengemacht und das Resultat politischer Entscheidungen. Diese Entscheidungen können von Regierungen und der internationalen Gemeinschaft rückgängig gemacht werden. Alle Staaten haben sich im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung bereits dazu verpflichtet, Ungleichheit abzubauen und einer Reihe von Ländern, beispielsweise Namibia und Uruguay, ist dies in den letzten Jahren gelungen. Dies zeigt den Gestaltungsspielraum, den nationale Politik besitzt. Andere Länder können von diesen Beispielen lernen.

Insbesondere drei Politikfelder sind zentral, um die weltweite Einkommens- und Vermögensungleichheit zu verringern: Änderungen in der Steuerpolitik, eine gerechte Einkommenspolitik sowie Investitionen in öffentliche Bildungs- und Gesundheitssysteme.

Auftrag an die neue Bundesregierung

Die deutsche Bundesregierung kann und muss Ungleichheit abbauen – zwischen Arm und Reich, zwischen Männern und Frauen – weltweit und in Deutschland. Konkret muss die künftige Bundesregierung Folgendes tun:

Steuervermeidung von Konzernen und Superreichen stoppen!

Transparenz schaffen

Konzerne müssen verpflichtet werden, öffentlich zu machen, wo und in welcher Höhe sie auf ihre Gewinne Steuern zahlen (öffentliche länderbezogene Berichterstattung).

Steueroasen trockenlegen

Steueroasen müssen auf eine Schwarze Liste gesetzt und sanktioniert werden. Zudem müssen verbindliche Mindeststeuersätze vereinbart werden.

Die „Steuer gegen Armut“ einführen

Die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer ist überfällig. Die Mittel müssen für die weltweite Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden.

Faire Einkommen für Frauen und Männer durchsetzen!

Für existenzsichernde Einkommen und Löhne sorgen

Unternehmen müssen gesetzlich zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet werden – im eigenen Haus sowie bei ihren Tochter- und Partnerunternehmen (Umsetzung der UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten). In den globalen Lieferketten deutscher Unternehmen müssen die zentralen internationalen Arbeitsrechte verbindlich gemacht und durchgesetzt werden. Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland sollte angehoben werden.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer schaffen

Das Wirtschaftssystem muss dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen, anstatt sie zu unterminieren. Strukturelle Barrieren, die der gleichberechtigten ökonomischen Teilhabe von Frauen im Wege stehen – wie das Ehegattensplitting in Deutschland –, müssen abgebaut werden. Die Belastung durch unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit muss verringert und umverteilt werden. Dafür müssen unter anderem öffentliche Angebote wie Kindergärten, Schulen, Gesundheitszentren und Betreuungseinrichtungen ausgebaut werden.

In Bildung und Gesundheit für alle investieren!

Bildung weltweit zur Priorität machen

Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Bildungsfinanzierung auf 20 Prozent der gesamten Entwicklungszusammenarbeit. Frühkindliche, Grund- und Sekundarbildung müssen viel stärker gefördert werden – und zwar durch die Unterstützung öffentlicher Bildungssysteme.

Mehr in globale Gesundheit investieren

Deutschland muss seinen fairen Beitrag leisten und mindestens 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens in globale Gesundheit investieren. Im Mittelpunkt muss stehen, allen Menschen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, insbesondere durch die Förderung öffentlicher Gesundheitssysteme.

Oxfam arbeitet gemeinsam mit anderen Organisationen und sozialen Bewegungen daran, ein Wirtschaftssystem für alle zu schaffen. Wir unterstützen Initiativen und Aktivist/innen, die sich in Ländern des globalen Südens gegen Ungleichheit einsetzen. Oxfam beteiligt sich national und international in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, in denen sich zahlreiche Organisationen im Kampf gegen Ungleichheit zusammengeschlossen haben.



REFERENZEN UND ANMERKUNGEN

- 1 Eigene Berechnung. Methodische Hinweise zu Berechnungs- und Datengrundlage sind in der Methodology Note unter <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth-methodology> verfügbar.
- 2 International Labour Organization (ILO) (2016a): [Global Wage Report 2016/17: Wage inequality in the workplace](#).
- 3 F. Alvaredo, L. Chancel, T. Piketty, E. Saez und G. Zucman (2017). [The World Inequality Report 2018](#). World Inequality Lab.
- 4 ILO (2017a): [World Employment and Social Outlook: Trends 2017](#).
- 5 United Nations News Centre (2009, 16. Oktober): [Rising inequality, precarious jobs threaten progress in Eastern Europe and Central Asia](#) – UN.
- 6 ILO (2016b): [Women at Work: Trends 2016](#).
- 7 Zahlen für 2016. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2017): [DGB Verteilungsbericht 2017. Jetzt handeln – Ungleichheit bekämpfen](#).
- 8 World Economic Forum (2017): [The Global Gender Gap Report 2017](#).
- 9 Eigene Berechnung auf Basis von Credit Suisse (2017): [Global Wealth Data Book 2017](#) und Forbes (2017): [The World's Billionaires](#). Verfügbar unter <https://www.forbes.com/billionaires/list/>.
- 10 World Bank (2016a): [Women, Business and the Law 2016: Getting to Equal](#).
- 11 McKinsey Global Institute (2015): [How advancing women's equality can add \\$12 trillion to global growth](#).
- 12 Europäische Zentralbank (2017): [The Household Finance and Consumption Survey – Wave 2. Statistical tables](#). April 2017.
- 13 Eigene Berechnungen auf Basis von Credit Suisse (2017) op.cit. und Forbes (2017) op. cit.
- 14 Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliches Institut (2017): [WSI Verteilungsmonitor 2017](#). Verfügbar unter https://www.boeckler.de/wsi_67151.htm.
- 15 DGB (2017) op. cit.
- 16 Eigene Berechnung auf Basis von Credit Suisse (2017) op.cit.
- 17 World Bank (2016b): [Poverty and Shared Prosperity 2016: Taking on Inequality](#).
- 18 World Bank (2016b) op. cit.
- 19 IMF (2017): [Fiscal Monitor: Tackling Inequality](#). Washington DC.
- 20 R. Fuentes-Nieva, N. Galasso (2014): [Working for the Few: Political capture and economic inequality](#). Oxfam.
- 21 F. Alvaredo et al. (2017) op. cit.
- 22 Eigene Berechnungen auf Basis von Credit Suisse (2017) op.cit.
- 23 Eigene Berechnung auf Basis von Credit Suisse (2017) op. cit.
- 24 Oxfam (2017): [An Economy for the 99%. It's time to build a human economy that benefits everyone, not just the privileged few](#).
- 25 Vergleiche F. Alvaredo et al. (2017) op. cit.
- 26 D. Hardoon, J. Slater (2015): [Inequality and the end of extreme poverty](#). Oxfam GB.
- 27 C. Hoy, E. Samman (2015): [What if growth had been as good for the poor as everyone else? Overseas Development Institute](#).
- 28 D. Woodward (2015): [Incrementum ad Absurdum: Global Growth, Inequality and Poverty Eradication in a Carbon-Constrained World](#). World Social and Economic Review.
- 29 M. Ravallion (2017): [Poverty Reduction Strategies](#). New York: Keynote Presentation at the Commission for Social Development, United Nations.
- 30 OECD (2010): [A Family Affair: Intergenerational Social Mobility across OECD countries](#). Economic Policy Reforms: Going for Growth 2010.
- 31 R. Haskins, J. B. Isaacs, I. V. Sawhill (2008): [Getting Ahead or Losing Ground: Economic Mobility in America](#). Brookings Institute.
- 32 C. Deckwirth (2016): [Wer sind die Lobbyisten der Reichen? Lobby Control](#).
- 33 IMF (2017) op. cit.
- 34 Initiative „Konzernmacht beschränken“ (2018): [Plattformpapier „Konzernmacht beschränken“](#).
- 35 Oxfam (2017) op. cit.
- 36 BBC (2015, 16. Februar): [Global dividend income hits new record of \\$1.167 trillion](#).
- 37 M. Kramer (2012, 8. November): [What's Wrong with Maximising Shareholder Value?](#) The Guardian.
- 38 G. Zucman (2015): [The Hidden Wealth of Nations](#). Chicago University Press.
- 39 Methodology Note op.cit.
- 40 G. Zucman (2017): [Motor der Ungleichheit](#). Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung. 6. November.
- 41 Methodology Note op.cit.
- 42 F. Rhodes (2017): [An Economy that Works for Women](#). Oxfam.
- 43 L. Mishel, M. Walters (2003): [How Unions help all Workers](#). Economic Policy Institute.
- 44 IMF (2017b): [World Economic Outlook, October 2017](#).
- 45 ITUC (2017): [Global Rights Index 2017: Violence and Repression of Workers on the Rise und Civicus \(2017\): State of Civil Society Report 2017](#).

IMPRESSUM

Oxfam Deutschland e. V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Im internationalen Oxfam-Verbund setzen sich 20 Oxfam-Organisationen mit über 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein.

Herausgeber

Oxfam Deutschland e. V.
Januar 2018
V.i.S.d.P.: Marion Lieser
Oxfam Deutschland e. V.
Am Kölnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0
E-Mail: info@oxfam.de

Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnen-reports „Reward Work, not wealth – To end the inequality crisis, we must build an economy for ordinary working people, not the rich and powerful“. Vollständiger Text unter <https://www.oxfam.de/reward-work-not-wealth>

Konzeption und Übersetzung

Ellen Ehmke

Redaktion

Charlotte Becker, Tobias Hauschild, Julia Jahnz,
Jörn Kalinski, Nikolai Link

Layout

Marischka Lutz, www.marischkalutz.de

www.oxfam.de

Oxfam deckt Missstände auf.
Bitte unterstützen Sie unsere wichtige
Kampagnenarbeit mit Ihrer Spende!

Oxfam Deutschland e.V.
Spendenkonto:
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00
Stichwort: KAMPAGNEN
www.oxfam.de/spenden



OXFAM
Deutschland